Keine Rückkehr zur Sklaverei in Griechenland!

von Andreas Sartzekis, 23. Oktober 2025

Am 1. Oktober wurde in Griechenland von der GSEE (einziger Verband des privaten Sektors), der ADEDY (Verband des öffentlichen Sektors) und vielen anderen Verbänden und Gewerkschaften ein Generalstreik ausgerufen. Er fand großen Anklang und konzentrierte sich auf die Ablehnung eines monströsen Gesetzentwurfs: Dieser würde einen 13-Stunden-Arbeitstag für denselben Arbeitgeber ermöglichen (wir wissen, dass viele Griechen seit langem gezwungen sind, zwei Jobs zu haben).

Eine Provokation der ultra-neoliberalen Regierung, die diese Maßnahme "anbietet", die 37 Tage im Jahr gelten würde, und dabei sowohl dem Arbeitgeber als auch dem Arbeitnehmer Wahlfreiheit verspricht! Nach der Maßnahme von 2024, die eine 6-Tage-Woche erlaubt, nimmt die Ausbeutung der Arbeitnehmer orwellsche Züge an, was sich in einer Zunahme der Arbeitsunfälle vor dem Hintergrund niedriger Löhne und des Zusammenbruchs der öffentlichen Dienste zeigt. Die gleiche Logik gilt auch für den öffentlichen Sektor, wo die geringste Kritik der Gewerkschaften an "Rentabilitätsmaßnahmen" zu Sanktionen oder sogar Entlassungen führt, insbesondere im Bildungswesen.

Wütende Demonstrationen

Auch wenn es der Demonstration in Athen ein wenig an Durchschlagskraft mangelte (etwa 15.000 Menschen in den verschiedenen Demonstrationszügen), gab es im ganzen Land eine gute Mobilisierung auf den Straßen, und vor allem beobachten wir auch eine sich aufstauende Wut. Wut über die Vertuschung der vielen Skandale – der jüngste davon sind die europäischen Agrarsubventionen, die von der Rechten für Klientelismus gezahlt werden. Gegen Geschenke an Faschisten (der kriminelle Führer der Goldenen Morgenröte wurde gerade aus medizinischen Gründen freigelassen), mit einer großen Antifa-Demonstration am 18. September zum jährlichen Gedenken an Pavlos Fyssas, der von den Nazi-Mördern ermordet wurde.

Unterstützung für das palästinensische Volk

Und sehr starke Unterstützung für das palästinensische Volk, mit vielen Fahnen und Slogans in den Demonstrationen, was angesichts der Komplizenschaft von Mitsotakis mit Netanjahu unerlässlich ist. In diesem Sommer protestierten (verbotene!) Kundgebungen gegen die Provokationen von Touristen, aber auch von israelischen Soldaten auf Kreuzfahrten mit wehenden (israelischen) Flaggen, die sich erfrechten, Plakate zur Unterstützung des palästinensischen Volkes abzureißen und die solidarischen Einwohner:innen zu beleidigen. Und natürlich war die Unterstützung für die Flottille nach Gaza (mit etwa dreißig Griechen) sehr stark (die Boote wurden am Mittwochabend angegriffen), und die Mobilisierung geht weiter.

Auf der anderen Seite gibt es eine dramatische Schwäche: Es gibt immer noch keine Form der Unterstützung für den Widerstand der ukrainischen Bevölkerung.

Unterstützung für die Opfer der Zugkatastrophe

Unterstützung auch für Panos Routsi, Vater eines der Opfer der Zugkatastrophe (oder besser gesagt des Verbrechens) von Tèmbi im Jahr 2023, der eine Untersuchung der Leiche seines Sohnes fordert, da er weiterhin den Verdacht hegt, dass einer der beiden Züge illegal Sprengstoff transportiert hat.

Seit dem 15. September befindet er sich vor dem Parlament im Hungerstreik. Sein Kampf wird massiv unterstützt, und die Demonstranten begrüßten ihn und zeigten damit den sehr breiten Willen der Bevölkerung, den 57 Opfern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Die Frage, wie es weitergehen soll, ist dringend!

Last Minute: Sieg für Panos Routsi – und für alle Familien der 57 Opfer –, der am 7. Oktober mit Unterstützung von mehr als 80 % der Bevölkerung die Erfüllung seiner Forderungen erreicht hat!

9. Oktober 2025

Übersetzt von International Viewpoint aus l'Anticapitaliste.

Der Kurzartikel erschien in <u>International Viewpoint</u> und wurde von uns maschinell ins Deutsch übersetzt sowie auf grobe Fehler durchgesehen.